

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G

**Wolfgang
Nešković**
**Dagmar
Enkelmann**
**Thomas
Nord**
**Kirsten
Tackmann**
**Sabine
Stüber**
**Diana
Golze**

Koch argumentiert nach überalterten Rezepten! von Diana Golze

Es ist das altbekannte Lied, das Roland Koch in seiner Rolle als Ministerpräsident anstimmt: Die Kassen der Länder und Kommunen sind leer. Der Kuchen reicht nicht für alle, ist die Aussage, die gleich im nächsten Halbsatz kommt. Allerdings sagt er nicht dazu, dass es die Politik seiner Partei war, die mit zu einer Finanzkrise geführt hat..

Dass Koch nun aber ganz tief in die Mottenkiste greift, wenn er seine „Sparvorschläge“ unterbreitet, macht vor allem eines deutlich: Er gehört zu den Politikern in der CDU, die die Jahrtausendwende verschlafen haben und immer noch glauben, dass Kinderbetreuung und Bildung im Jahr 2010 Verhandlungsmasse sind. Damit stößt er nun nicht nur in seiner Regierung sondern auch unter seinen Amtskollegen auf Widerspruch. Denn nicht zuletzt die Politik der CDU-Ministerin von der Leyen hat mit dem Bild der Mutter als Hausfrau und der Kita als bloßer Kinderverwahranstalt aufgeräumt – wenn auch nicht konsequent und unter dem fragwürdigen Ziel, Aka-

demikerinnen die Verbindung von Karriere UND Kind etwas schmackhafter zu machen.

Für DIE LINKE geht es um mehr: Kitas sind Orte der sozialen Kontakte für Kinder. Kitas sind Orte der Bildung für Kinder. Kitas sind Orte, die es allen Eltern erleichtern, Familie und Beruf zu verbinden. Kitas sind damit unabdingbar für ein kinder- und familienfreundliches Land. Sie sind notwendig, um allen Kindern gleiche Ausgangssituationen für ihr Leben und ihre Zukunft zu bieten. Wer das in Frage stellt, schwächt letztendlich den Sozialstaat, in dem er veraltete Ausgrenzungsmechanismen aufrecht erhält.

Dass Roland Koch den Sozialstaat zerstören will, ist hinlänglich bekannt, dass er nun auch noch die Zukunft der Kinder zerschlagen will, ist unerträglich. Genau das tut er aber, wenn er den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für jedes Kind ab 2013 in Frage stellt!

In dieser Ausgabe:

Seite 1: Koch argumentiert nach überalterten Rezepten!
 Diana Golze

Seite 2: Eurozone stabilisieren
 Thomas Nord

Seite 3: Wasser und biologische Vielfalt
 Sabine Stüber

Seite 4: Ost-Rente geht nicht nur Ältere an
 Dagmar Enkelmann

Seite 5: Gesetzgebende Scharfmacherei
 Wolfgang Nešković

Seite 6: Europäische Agrarpolitik nach 2013
 Kirsten Tackmann

Seite 7+8: Pressemitteilungen u. Reden der Landesgruppenmitglieder

Seite 9+10+11: Rückblick auf die Sitzungswoche

Seite 12+13: Kontakt

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;
 Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Eurozone stabilisieren – Finanzmärkte regulieren
von Thomas Nord

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist der finanzpolitische Dreh- und Angelpunkt des Euro. So steht es jedenfalls auf dem Papier. Die Praxis sieht anders aus. Von 27 Staaten der Europäischen Union halten sich nur fünf daran. Wir haben eine Schuldenkrise der europäischen Staaten, so der Tenor der heutigen Bundestagsdebatte. Der Euro und Europa sind in Gefahr, so heißt die alarmierende Nachricht.

Das war vorhersehbar. Im Jahr 2008 hatten die Banken eine Schuldenkrise. Auf einmal durfte der Markt nicht mehr in aller sonstigen Freiheit über das Handeln der Banken richten. Die europäischen Staaten wurden für das Bezahlen verfehlter Spekulation in die Pflicht genommen. Die schwarz-rote Bundesregierung hat einen Schutzschirm über 480 Milliarden für die Banken aufgespannt. Banken wurden als systemrelevant eingestuft und gerettet.

Wo steht Europa heute? Wir haben eine Finanzkrise der europäischen Staaten. Wir haben eine Krise des Euros. Die gesamte Eurozone wackelt. Der europäische Verfassungsprozess ist gescheitert. Die Lissabon-Strategie für 2010 ist gescheitert. Der Vertrag von Lissabon ist ein notdürftig gezimmertes Gerüst, mit dem verhindert wurde, dass die geplatzte Verfassung mit lautem Getöse zu Boden fällt. Der Vertrag von Lissabon sollte 50 Jahre halten. Heute muss der Euro und die europäi-



© BirgitH/PIXELIO

sche Vertragskonstruktion in nächstehenden Krisensitzungen gerettet werden.

Bereits nach sechs Monaten steht fest, der Vertrag ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Die Finanzkrise der Banken von 2008 ist zu einer Krise der europäischen Staaten 2010 geworden. Weil der Verlust der Spekulanten im Jahr 2008 zu einer Schulddlast der Staaten gemacht wurde. Der Schuldenstand der Bundesrepublik wurde dadurch in einer Haushaltsperiode versechsfacht. CDU und FDP sagen: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.

In dieser Woche ging es um die Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus. Der Mechanismus ist auf drei Jahre ange-

legt und hat ein Volumen von 750 Milliarden. Die Bundesrepublik hat in etwa 150 Milliarden davon übernommen. Das entspricht einem halben Bundeshaushalt.

Nun sagt Schwarz-Gelb, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt. Tatsache ist, in den letzten zehn Jahren sind die Reallöhne um 11,3 Prozent und die Realrenten um 8,5 Prozent gesunken. Damit wird deutlich, was für ein „Wir“ die Bundesregierung meint. Es ist das Wir derjenigen, die am Ende auch von der jetzigen Krise profitieren werden. DIE LINKE fordert eine Banken- und Versicherungsabgabe, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn zur Stärkung der Binnennachfrage und eine europaweite Regulierung der Finanzmärkte.

Wasser und biologische Vielfalt

von Sabine Stüber

„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss...“ Dieses kämpferische Zitat ist der Begründung der EU-Kommission zur Wasserrahmenrichtlinie entnommen.

Darin geht es um einen naturnahen ausgeglichenen Landschaftswasserhaushalt mit guter Wasserqualität in Europa. Durch den Klimawandel gewinnt die Wasserrückhaltung in der Landschaft immer mehr an Bedeutung. Das Wasser wird knapp, davon können wir Brandenburger ein Lied singen, auch wenn man in diesem Mai einen anderen Eindruck gewinnen könnte. Nicht nur für die Landnutzung, sondern insbesondere auch für die ökologisch wertvollen wasserabhängigen Lebensräume – wie Feuchtgebiete, Moore und Auebereiche – ist Wasserrückhaltung wichtig. Diese Lebensräume machen einen Teil des landschaftlichen Reizes unserer Großschutzgebiete aus.

Wir haben das Jahr der biologischen Vielfalt und in dieser Woche auch noch den internationalen Tag der biologischen



© SiepmannH/pixelio

Vielfalt. Da darf und will ich, trotz aller schergewichtiger politischer Debatten zur Rettung des Euro, auch einmal über die Rettung unserer Lebensgrundlagen nachdenken. Der Landschaftswasserhaushalt gehört zweifelsohne dazu und benötigt dringend einen Schutzschirm. Im Gegensatz zu dem Rettungspaket für den Euro, ist die Wirkung der Maßnahmen für einen naturnahen Landschaftswasserhaushalt bekannt. Erfahrungen hat vor allem Brandenburg mit einem entsprechenden Förderprogramm gesammelt.

Deshalb unterstützen wir LINKE im Bundestag die Initiativen für einen naturnahen Wasserhaushalt und zum Auenschutz auf

Bundesebene. Das sind schon mal kleine Rettungspakete, wenn sie umgesetzt werden.

Ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt bedeutet auch funktionstüchtige Moore als Lebensraum für viele heimische Arten. Gleichzeitig binden intakte Moore CO₂ und leisten damit einen Beitrag zum Klimaschutz. Mit naturnahen Flussauen wird der Hochwasserschutz verbessert, weil den Flüssen mehr Raum gegeben wird. So könnte die Oder im Moment mehr Platz für Wasser gebrauchen. Genau das kann man vielleicht bald mit einem Auenschutzprogramm erreichen.

Ost- Rente geht nicht nur Ältere an

von Dagmar Enkelmann



© StephanieHofschlaeger/PIXELIO

Im Juni 2009, vor der Bundestagswahl, sprach Kanzlerin Merkel vollmundig davon, in den ersten beiden Regierungsjahren ein einheitliches Rentenrecht von Ost und West schaffen zu können. In Bezug auf Rentenanpassung schrieben Union und FDP noch im Herbst 2009 in den Koalitionsvertrag: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein“.

Tatsächlich aber wird das wieder auf die lange Bank geschoben – ein Grund mehr, warum sich DIE LINKE des dringenden sozialen Problems annahm und in dieser Wahlperiode erneut einen Antrag zur „Korrektur der Überleitung von

DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht“ (Drs. 17/1631) in den Bundestag einbrachte. Wie schon in der 16. Wahlperiode geht es um Überführungslücken, Versorgungsunrecht und so genanntes Rentenstrafrecht. Betroffen sind im ersten Fall u. a. Menschen, die freiwillige Beiträge geleistet haben, Geschiedene, mithelfende Familienangehörige in Handwerksbetrieben, Leute, die ihren Partner oder ihre Partnerin bei dienstlichen Verpflichtungen ins Ausland begleitet und dort gearbeitet haben und diejenigen mit Zeiten für eine Aspirantur oder ein Sonderstudium, außerdem Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Braunkohleveredlung. Das Versorgungsunrecht betrifft u. a. Akademiker, Angehörige von Bahn und Post sowie Bal-

letzt tänzerinnen und -tänzer.

Koalitionsvertreter sprachen in der Bundestags-Debatte am Donnerstag nebulös davon, sie wüssten, dass schon erste Kalkulationen und Berechnungen für ein einheitliches Rentensystem angestellt würden. DIE LINKE meint glasklar: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Denn vom geringeren Rentenwert im Osten sind nicht nur die heutigen, sondern auch die künftigen Generationen von Rentnerinnen und Rentnern betroffen. Besonders ihnen droht Altersarmut. Eine aktuelle Studie des DIW legt offen, dass die heute 39- bis 48jährigen im Osten im Alter eine durchschnittliche Monatsrente von 600 Euro zu erwarten haben. Das liegt unter der Grundversicherung. Dies weist auch auf grundlegende Probleme im Rentensystem hin. Notwendig ist sowohl eine Angleichung der Entgeltpunkte Ost an West wie auch generell ein solidarisches und gerechtes Rentensystem.

Gesetzgeberische Scharfmacherei von Wolfgang Nešković

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass die deutschen Regeln zur Sicherungsverwahrung in Teilen gegen die Menschenrechte verstoßen. Experten mahnen die Menschenrechtswidrigkeit der nachträglichen Sicherungsverwahrung bereits seit langem an. Dennoch haben sich die politischen Entscheidungsträger jahrelang vor einer grundlegenden Reform gedrückt. Wegen dieses Versäumnisses müssen die Länder nun von einem Tag auf den anderen Gefangene in die Freiheit entlassen. Den meisten fehlt jegliche Vorbereitung auf ein Leben außerhalb der Gefängnismauern. Das ist verantwortungslos - den Gefangenen gegenüber wie der Bevölkerung.

Die Sicherungsverwahrung war ursprünglich als strenge Ausnahme zum Schutz der Bevölkerung vor extremen Gewalttättern vorgesehen. Straftäter, die als ungewöhnlich rückfallbedroht galten, konnten für bis zu zehn Jahre nach Verbüßung ihrer eigentlichen Haftstrafe inhaftiert bleiben. 1998 hob die rot-grüne Bundesregierung diese Befristung auf. Die Parteien reagierten mit gesetzgeberischer Scharfmacherei auf wenige extreme Missbrauchsfälle



© ThorbenWengert/PIXELIO

durch rückfällige Straftäter.

Die Sicherungsverwahrung ist ein Freiheitsentzug für eine nicht begangene Straftat. Insbesondere bei der Verwahrung jugendlicher Straftäter stellen sich Grundsatzfragen. Es ist ein unerträglicher Widerspruch, wenn Jugendliche für eine tatsächlich begangene Straftat höchstens zehn Jahre Jugendstrafe erhalten können - für ein aber noch gar nicht begangenes Verbrechen ein lebenslanges Wegsperrn befürchten müssen.

Anstatt auf die Stimmen von Experten zu hören, hat sich der Bundestag beim Thema über Jahre dem Willen der Stammti-

sche gebeugt. Populismus hat fachliche Sorgfalt stets überwogen. Das Ergebnis ist gesetzgeberische Flickschusterei. Es ist deshalb an der Zeit, eine Reform der Sicherungsverwahrung "aus einem Guss" anzugehen. Der Bundestag muss nun eine Expertenkommission einberufen. Nur praxisnahe, wissenschaftlich fundierte Empfehlungen können den Gesetzgebungsprozess vor einem erneuten Abrutschen auf Stammtischniveau bewahren.

Europäische Agrarpolitik nach 2013

von Kirsten Tackmann



©AlexanderKlaus/PIXELIO

Am Montag fand im Agrarausschuss eine Anhörung zur finanziellen Ausgestaltung sowie die Zielsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU für den Zeitraum 2014 – 2020 statt. Was sich wie ferne Zukunftsmusik anhört, ist schon jetzt eines der wichtigsten agrarpolitischen Themen und wird uns in den kommenden Monaten weiter begleiten.

Die Mehrzahl der einen (von uns benannten!) Expertin und der sieben Experten war wie wir der Meinung, dass die Mittel im EU-Agrarhaushalt dringend gebraucht werden, dass es aber ein einfaches „Weiter so“ bei der Verteilung der Gelder nicht geben kann. Doch genau

darauf setzt die Bundesregierung im Schulterschluss mit dem Bauernverband und neoliberalen Agrarökonomern. Dieses Wegducken in Schützengräben ist unverantwortlich, weil es eine sehr wichtige Debatte behindert. Das europäische Agrarmodell steht inhaltlich unter Druck und es gibt viele finanzielle Begehrlichkeiten. Ein neues Agrarförderungskonzept muss gesellschaftlich akzeptiert werden. Und das geht nach unserer Auffassung nur, in dem konsequent Betriebe gefördert werden, die sozial und ökologisch verantwortlich wirtschaften. Diese gesellschaftlichen Leistungen sind heutzutage deutlich mehr, als nur Lebensmittel zu produzieren.

Für DIE LINKE ist klar: Eine neue GAP muss auch die beiden zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Klimawandel und Biodiversität – berücksichtigen. Wir wollen weiterhin eine flächendeckende nachhaltige Nutzung und den Schutz der gesamten europäischen Agrarlandschaften (Äcker, Wiesen, Wälder, Gewässer, etc.). Dabei sind natürliche Besonderheiten und Erschwernisse in den benachteiligten Gebieten zu berücksichtigen. Die GAP muss unter dem Motto stehen „Öffentliche Gelder für konkrete öffentliche Leistungen“.

Für DIE LINKE muss sich die GAP nach 2013 konsequent an sozialen (z. B. Erhalt oder Schaffung von Existenz sichernden bezahlten Arbeitsplätzen) und ökologischen Leistungen (Erhalt der Biodiversität, Strukturvielfalt, Kohlenstoffbindung, Gewässerschutz, Klimaschutz, etc.) orientieren. Daher haben die agrarpolitischen SprecherInnen gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Agrarpolitik und ländlicher Raum“ beim Parteivorstand vorgeschlagen, die Direktzahlungen als Umwelt- und Arbeitsprämie auszugestalten.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Wolfgang Nešković

Pressemitteilung:

Bezeichnende Nachsicht:

<http://www.wolfgangneskovic.de/artikel/bezeichnende-nachsicht>

Dagmar Enkelmann

Rede:

Geschäftsordnungsdebatte zum Gesetz zur europäischen Stabilisierung:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1359839538>

Pressemitteilung:

Bundestag ist keine Abnickmaschine:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1247448478>

LINKE lässt nicht locker bei Ost-Rentenrecht:

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2010/1_Quartal/PE_Rentendebatte.pdf

Kirsten Tackmann

Rede:

Bundeswaldgesetz ändern– Naturnahe Waldbewirtschaftung fördern:

http://www.kirsten-tackmann.de/bundestag/parlamentarische_arbeit/reden/3323465.html

Pressemitteilung:

Gentech-Knolle aus dem Verkehr ziehen:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1203770792>

EU-Agrarpolitik: Direktzahlungen sollen Landbewirtschaftung mit sozialer und ökologischer Verantwortung fördern:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3314903.html>

Bundeswaldgesetz ändern– Naturnahe Waldbewirtschaftung fördern:

<http://www.kirsten-tackmann.de/show/3320283.html>

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Diana Golze

Pressemitteilung:

Roland Koch spielt mit der Zukunft der Kinder:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1278705417>

Rentenüberleitung: Gedächtnisstütze für die Kanzlerin:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/rentenueberleitung-gedaechtnisstuetze-fuer-die-kanzlerin/>

Kinderbetreuung zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/news-diana-golze/artikel/kinderbetreuung-zur-gesamtgesellschaftlichen-aufgabe-machen/>

Kommunen wieder handlungsfähig machen:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/news-diana-golze/artikel/kommunen-wieder-handlungsfahig-machen/>

**YOUTUBE.DE/
LINKSFRAKTION**

**MAGAZIN *Clara.*
ABONNIEREN**

Sabine Stüber

Rede:

Rettungsschirm für den Wasserhaushalt:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1340267615>

Das Meer– ein Fass ohne Boden?:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1391789610>

Parlamentarische Initiativen der LINKEN dieser Sitzungswoche

Kleine Anfragen:

Bilanz der Online-Durchsuchung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7759381851_1701629.pdf

Politisch motivierte Kriminalität:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7738753606_1701630.pdf

Rüstungsexportförderungsmaßnahmen der Bundeswehr:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7773965232_1701632.pdf

Folgen der absehbaren Eisenerzpreiserhöhung für die deutsche Industrie:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7745676181_1701659.pdf

Chancen und Benachteiligungen von Familien mit Kindern auf dem Arbeitsmarkt:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7760140393_1701658.pdf

Sanktionen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7755892318_1701642.pdf

Vorantreiben von Privatisierungsmaßnahmen ÖPP Deutschland AG:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7713049665_1701620.pdf

Positionierung der Bundesregierung zum Ausbau des Munitionslagers Köppern in Hessen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7744826291_1701621.pdf

Erfahrungen und Perspektiven für das Bundesprogramm Kommunal-Kombi:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7770286035_1701622.pdf

Aktivitäten der ÖPP Deutschland AG seit ihrer Gründung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783585647_1701623.pdf

Empirische Unklarheiten im Konzentrationsbericht der Monopolkommission 2006/2007:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756415736_1701625.pdf

Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus (NAP):

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7795733381_1701660.pdf

Polizeieinsatz am Ostersonntag 2010 auf dem Nürnberger Hauptbahnhof:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7732576932_1701715.pdf

Bestehende und geplante Arzneimittelregelungen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7701201124_1701716.pdf

Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

Anträge:

Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7753688252_1701631.pdf

Keine Internetsperren in EU-Richtlinie aufnehmen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7726605448_1701739.pdf

Qualitätsoffensive für die Lehre starten- Einheit von Forschung und Lehre sichern:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718682114_1701737.pdf

Abschaffung der Wehrpflicht:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725059672_1701736.pdf

Risiken der Altersarmut verringern– Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose erhöhen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7758692768_1701735.pdf

Kreditausfallversicherungen (CDS) und deren Handel vollständig verbieten:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7760281440_1701733.pdf

Entschließungsantrag:

Entschließungsantrag zum Koalitionsentwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754128279_1701811.pdf

Übersicht der Namentlichen Abstimmungen vom 21. Mai 2010 im Deutschen Bundestag

Eurozonen-Rettungsschirm

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus

Drs: 17/1685: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/016/1701685.pdf>

Drs: 17/1740: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/017/1701740.pdf>

Drs: 17/1741: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/017/1701741.pdf>

Der Artikel von Thomas Nord auf Seite 2 befasst sich auch mit diesem Thema.

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	230	4	3
SPD	0	1	128
FDP	89	2	1
LINKE	0	66	0
B90/Grüne	0	0	63

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Kontakt:

	Deutscher Bundestag	Frankfurt (Oder)	Fürstenwalde
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Thomas.Nord@bundestag.de http://www.thomas-nord.de/	Zehmeplatz 11 15230 Frankfurt (Oder) 03 35 / 500 17 65 / 66	Schlossstraße 7 16617 Fürstenwalde 03 36 1/ 34 26 18
	Beeskow		
	Mauerstraße 27 15848 Beeskow 03 36 6/ 20 20 2		
	Deutscher Bundestag	Kyritz	Neuruppin
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Kirsten.Tackmann@bundestag.de http://www.kirsten-tackmann.de	Wilsnacker Strasse.1 16866 Kyritz 03 39 71 / 32 85 7	Schinkelstr.13 16816 Neuruppin 0 33 91 / 65 54 20
	Wittstock	Pritzwalk	Perleberg
	<u>mit Dieter Groß MdL</u> Burgstr. 27 16909 Wittstock 0 33 94 / 40 24 60	Marktstr.42 16928 Pritzwalk 0 33 95 / 30 24 92	<u>mit Thomas Domres MdL</u> Bäckerstr. 21 19348 Perleberg 0 38 76 / 61 68 40
	Deutscher Bundestag	Rathenow	Brandenburg
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Diana.Golze@bundestag.de http://www.diana-golze.de	Märkischer Platz 2 14712 Rathenow 0 33 85 / 49 45 21	Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg 0 33 81 / 21 17 89
	Potsdam-Mittelmark	Teltow-Fläming	
	Straße der Einheit 53 14806 Belzig 0 33 841 / 43 89 0	Große Straße 62 14913 Jüterbog 0 33 72 / 43 26 91	

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Kontakt:

	Deutscher Bundestag	Eberswalde	Prenzlau
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Sabine.Stueber@bundestag.de http://www.sabine-stueber.de/	Breite Str. 46 16225 Eberswalde 0 33 34 / 38 51 55	Diesterwegstr.1 17291 Prenzlau 0 39 84 / 86 21 86 2
	Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Wolfgang.Neskovic@bundestag.de http://www.wolfgang-neskovic.de/	Cottbus Str. d. Jugend 114 03046 Cottbus 03 55 / 78 42 35 0	
	Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Dagmar.Enkelmann@bundestag.de http://www.dagmar-enkelmann.de	Strausberg Wallstr. 8 15344 Strausberg 0 33 41 / 30 39 84	Bernau Berliner Straße 17 16321 Bernau b. Berlin 0 33 38 / 45 95 43